

VISIONEN FÜR DIE HOCHSCHULEN DER WISSENSGESELLSCHAFT WAGEN

Wir wollen die Hochschulen erneuern. Wie für das gesamte Bildungswesen gilt dies auch für den sog. „tertiären Sektor“: In einer globalen, zunehmend auf Wissen basierten Gesellschaft und angesichts des demografischen Wandels werden die Hochschulen vor neue Aufgaben gestellt. Wir brauchen künftig mehr und besser ausgebildete HochschulabsolventInnen. Eine akademische Ausbildung ist nicht nur eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch dafür, dass Menschen in die Lage versetzt werden, ihren eigenständigen Beitrag zur nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft zu leisten.

In ihrer derzeitigen Verfassung können die Hochschulen den neuen Herausforderungen nicht gerecht werden. Wir wollen

- ◆ eine Verbesserung der Lehre und mehr lebenslanges Lernen;
- ◆ eine Finanzreform, die staatliches Geld gezielt zur Verbesserung der Lehre einsetzt und zusätzliche Einnahmen insbesondere durch wissenschaftliche Weiterbildung ermöglicht;
- ◆ eigenständige Hochschulen, die Verantwortung wahrnehmen, Entscheidungen treffen und der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft ablegen.

Hochschulen für "die Massen" und für "die Spitzen" gleichermaßen

Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe, Selbstbestimmung und wirtschaftlichem Erfolg. Der Zugang zu Bildung ist deshalb die zentrale soziale Frage der Zukunft. Die soziale Selektivität des deutschen Bildungssystems muss überwunden werden: Die Weichen dafür werden durch eine bessere Frühförderung und eine andere Schulpolitik gestellt. Aber auch für die Hochschulen heißt das: Der Zugang zu Hochschulen muss offen und unabhängig vom elterlichen Geldbeutel bleiben. Die Qualität der Ausbildung darf nicht eine Frage der familiären Finanzkraft, sondern einzig und allein der individuellen Leistungsfähigkeit sein.

Wir erteilen allen Bestrebungen eine Absage, die Hochschulen von der „Last der Massen“ zu befreien und sich wieder ganz auf die „Spitzen-Ausbildung“ zu konzentrieren. Gerade angesichts angespannter Finanzlage und modischer Bekenntnisse zur „Elite“ wird auch in manchen Hochschulen selbst darauf spekuliert, die Verantwortung für die Breitenausbildung anderen zu überlassen. Unser Ziel bleibt ein besseres Studium für „die Breite“ und „die Spitze“.

Wir lehnen die Studiengebührenpläne von CDU und FDP ab. Sie sollen Türöffner für eine andere Hochschullandschaft werden. Angestrebt sind unterschiedliche Preise für unterschiedliche Hochschulen und Studiengänge. Damit wird eine Spirale in Gang gesetzt: Was als gut gilt, wird teuer. Hochschulen mit gutem Ruf erzielen damit Mehreinnahmen durch höhere Gebühren. Studierende mit schmalen Geldbeutel oder weniger Risikofreude bei der Aufnahme von Schulden müssen sich mit schlechterer Hochschulqualität zufrieden geben. Damit wird unsere Hochschullandschaft nicht vielfältiger, sondern hierarchischer; Qualitätswettbewerb wird damit nicht befördert, sondern erstickt.

Bachelor und Master für Studienreform und lebenslanges Lernen nutzen

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes und begrüßen deshalb die im Bologna-Prozess vereinbarte Einführung der gestuften Studienabschlüsse Bachelor und Master sowie eines modularisierten, auf Studien-Credits aufbauenden Studiensystems. Wir wollen die neuen Abschlüsse für eine umfassende

Studienreform nützen und nicht, wie es vielfach geschieht, neue Etiketten auf die alten Strukturen kleben. Die Zahl der Studienabbrüche muss gesenkt werden durch eine bessere Einführungsphase, mehr Betreuung und Beratung für StudienanfängerInnen und mehr Praxisorientierung.

Wir wollen die neue Studienstruktur als Chance nutzen, um die Hochschulen als Ort für „Lebenslanges Lernen“ zu etablieren: Ein guter Bachelor-Abschluss, der als Regelabschluss am Arbeitsmarkt anerkannt ist, ermöglicht den Eintritt in das Berufsleben. Darauf aufbauend kann später oder anschließend ein Master-Studium oder auch ein weiteres Bachelor-Studium folgen. Phasen des Erwerbslebens und des Studiums, in Vollzeit oder in Teilzeit, sollen sich künftig abwechseln und es ermöglichen, sich ein Leben lang weiter und neu zu qualifizieren. Wissenschaftliche Weiterbildung soll zu einer zentralen Aufgabe der Hochschulen werden.

Das geplante Landeshochschulgesetz sieht die Umstellung aller Studiengänge bis 2009 vor. Die Landesregierung untergräbt die Akzeptanz der neuen Abschlüsse, indem sie ausnahmslos alle Staatsexamens-Studiengänge von der Umstellung auf Bachelor und Master ausnimmt (Lehramt, Jura, Medizin). Wer aber ausgerechnet im Bereich der eigenen Zuständigkeit nicht reformbereit ist, gewinnt kein Vertrauen an den Hochschulen und in der Wirtschaft für die neuen Abschlüsse und macht sich unglaublich bei seinem Werben für Bachelor und Master.

Die Hochschule zur Sache der Studierenden machen

Studierende kommen derzeit eher in Kategorien von „Überlast“ als von Hochschulmitgliedern vor. Entsprechend gilt Lehre vielen HochschullehrerInnen als lästige Pflicht und Forschung als die Kür. Studierende brauchen mehr Gewicht an Hochschulen, damit die Lehre mehr Wert bekommt und sich mehr an den Bedürfnissen von Studierenden ausrichtet. Deshalb wollen wir die Orientierung an Studierenden als den Nutzern der Hochschulen zum zentralen Finanzierungsinstrument für Hochschulen ausbauen. Staatliches Geld soll künftig in Abhängigkeit von studentischer Nachfrage an die Hochschulen verteilt werden. Für Hochschulen soll es sich auszahlen, wenn sie viele Studierende erfolgreich zum Abschluss führen. Indem Studierende selbst über die Verteilung staatlichen Geldes an die Hochschulen entscheiden, bekommen ihre Interessen vom ersten Semester an mehr Gewicht. Wir begrüßen das entsprechende von der Grünen Landtagsfraktion vorgelegte „StudienCredit-Modell“, weil es die Rolle von Studierenden stärkt.

Hochschulfinanzierung: Für eine neue Balance aus staatlicher Verantwortung und Eigenbeteiligung

Wir verstehen Hochschulen als öffentliche Angelegenheit und wenden uns gegen den Rückzug des Staates aus seiner finanziellen Verantwortung für ein gutes Hochschulwesen. Auch in Baden-Württemberg wurde in diesem Jahr mit 144 Mio. € der Etat für die Hochschulen dramatisch gekürzt. Angesichts wachsender Studierendenzahlen und neuer Aufgaben für die Hochschulen halten wir dies für eine unverantwortliche und kurzsichtige Politik.

Der weitere Ausbau von Hochschulen kann aber – auch wegen großen Investitionsbedarfs in die Frühphase der Bildung – nicht allein durch staatliche Finanzen bewerkstelligt werden.

Angemessene Eigenbeteiligung halten wir nach folgenden Prinzipien für vertretbar:

- ◆ Je länger jemand erfolgreich an Bildungsleistungen des Staates partizipieren konnte, desto eher ist für weitere Bildungsangebote Eigenbeteiligung legitim. Der Staat muss dagegen verstärkt in Vorleistung treten für die Kleinen und die weniger Erfolgreichen.
- ◆ Gebühren für staatliche Bildungsangebote dürfen niemanden ausschließen, deshalb sind nachgelagerte und kreditbasierte Finanzierungsmodelle aufzubauen.

Auf dieser Grundlage begrüßen wir das StudienCredit-Modell der Grünen Landtagsfraktion in seinen Grundzügen. Es sieht folgende Eigenbeteiligung vor:

- ◆ Das Bachelor-Studium – der künftige erste Studienabschluss – bleibt gebührenfrei, um keinerlei finanzielle Hürde für die Aufnahme eines Studiums zu errichten. Es wird ein umfangreiches Credit-Guthaben zur Verfügung gestellt, das flexibel und veranstaltungsbezogen eingelöst werden kann.
- ◆ Ab dem Master-Studium ist eine Eigenbeteiligung von 20 € je StudienCredit vorgesehen. Das bedeutet eine Eigenbeteiligung von 2.000 bis 2.880 € für ein vollständiges zweijähriges Masterstudium. Fällig werden soll die Eigenbeteiligung nach Abschluss des Studiums, wenn genügend eigenes Einkommen vorhanden ist.

Das StudienCredit-Modell setzt Anreize für lebenslanges Lernen, indem nicht eingelöste Credits für spätere Weiterbildung verwendet werden können und Hochschulen neue Einnahmequellen für wissenschaftliche Weiterbildung erhalten.

Eigenständige Hochschulen als "öffentliche Angelegenheit"

Hochschulen erfüllen einen öffentlichen Bildungsauftrag in gesellschaftlicher Verantwortung und sind der Wahrheitssuche verpflichtet. Das im neuen Landeshochschulgesetz vorgesehene Unternehmensleitbild passt daher nicht zum Charakter von Hochschulen: weder für die Aufgabenerfüllung noch für die innere Organisation oder ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit ist viel Hilfreiches daraus abzuleiten.

Wir wollen entscheidungsstarke Hochschulen: Sie sollen selbstbewusst gegenüber Ministerium und Parlament auftreten, effektiv mit den zur Verfügung stehenden öffentlichen Ressourcen umgehen und gegenüber Hochschulmitgliedern und Öffentlichkeit zur Rechenschaftslegung verpflichtet sein. Eine starke Leitungsebene und professionelles Management soll mehr Verantwortung als bisher wahrnehmen und entsprechende Kompetenzen erhalten. Im Gegenzug ist deren demokratische Legitimation durch alle Hochschulmitglieder zu erhöhen: Wir fordern die Einführung der direkten Wahl des Rektors/der Rektorin durch alle Hochschulmitglieder.